

## Erwerbstätigkeit im öffentlichen Dienst in Bayern 2008 bis 2018

Dipl.Kfm.Univ. Christoph Hackl und Benjamin Wirth, M.Sc.

---

Anlässlich der achten Veranstaltung der StatistikTage Bamberg|Fürth am 25./26. Juli 2019, die unter dem Thema „Vollzeit, Teilzeit, Freizeit – Erwerbstätigkeit in Deutschland“ stattgefunden hat, veröffentlichte das Bayerische Landesamt für Statistik im Rahmen seiner Publikationsreihe „Beiträge zur Statistik Bayerns“ das Beitragsheft „Erwerbstätigkeit in Bayern – Entwicklung ab 1970 und Stand 2017“ (vgl. LfStat 2019). In Kapitel 1.3 dieser Publikation ist die Erwerbstätigkeit in ausgewählten Wirtschaftsbranchen dargestellt, darunter auch diejenige im öffentlichen Dienst in Bayern. Die Personalstandstatistik erhebt detaillierte Daten zu den Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes, des Landes und der Kommunen und bei anderen öffentlichen Arbeitgebern. Diese Daten erlauben eine detaillierte Betrachtung der Erwerbstätigkeit von Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern, militärischem Personal und Angestellten unter anderem nach Beschäftigungsumfang, Aufgabebereichen und soziodemographischen Merkmalen. Im Folgenden wird der in vorbenannter Publikation enthaltene Beitrag zum öffentlichen Dienst aktualisiert vorgestellt, dies insbesondere auf Basis der Ergebnisse der Personalstandstatistik 2018.

Insgesamt waren zum 30. Juni 2018 in Bayern 604 725 Personen im öffentlichen Dienst bei Bund, Land und den Gemeinden und Gemeindeverbänden beschäftigt. Der öffentliche Dienst ist damit der größte Arbeitgeber im Freistaat.

### Einleitung

In der Personalstandstatistik werden Daten über die Beschäftigten der öffentlichen Arbeitgeber erhoben, soweit diese in einem unmittelbaren Dienst- oder Arbeitsverhältnis mit der Einrichtung stehen. Dabei umfassen die öffentlichen Arbeitgeber sowohl den öffentlichen Dienst als auch Einrichtungen in privater Rechtsform bei überwiegend öffentlicher Beteiligung (vgl. Infobox Öffentliche Arbeitgeber).

Die Rechtsgrundlage der Personalstandstatistik ist das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006 (BGBl. I S. 438) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG). Die Bestimmungen für die Personalstandstatistik sind insbesondere in § 6 FPStatG zu finden. Bei der Personalstandstatistik handelt es sich um eine Vollerhebung. Bei der Erhebung wird jährlich zum 30. Juni das gesamte

Personal im öffentlichen Dienst weitgehend über eine elektronische Meldung, in seltenen Fällen auch noch über Fragebögen erfasst. Ab 2002 sind die Daten zeitlich uneingeschränkt vergleichbar. Bei den Zeiträumen davor sind teils methodische Änderungen und Revisionen bei einigen Merkmalen zu berücksichtigen (vgl. Destatis 2012).

Die Personalstandstatistik liefert eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungen bezüglich der Weiterentwicklung des Dienst-, Besoldungs-, Tarif- und Versorgungsrechts sowie hinsichtlich der Alterssicherungssysteme. Erhoben werden verschiedene Merkmale, unter anderem Geschlecht, Alter, Art und Umfang der Tätigkeit sowie Laufbahngruppe. Damit bietet die Personalstandstatistik einen reichen Datensatz zur Beschreibung der Erwerbstätigkeit im öffentlichen Dienst inklusive der Sozialversicherungsträger in Bayern. Die Beschäftigten anderer öffentlicher Arbeitgeber wie

Einrichtungen in privater Rechtsform werden aber in diesem Beitrag nicht im Detail betrachtet.<sup>1</sup> Im Folgenden wird Beschäftigung im öffentlichen Dienst zum 30. Juni 2018 beschrieben. Dabei wird im Einzelnen auf die Entwicklung seit 2008, die regionale Verteilung, die Beschäftigung nach Aufgabebereichen und die Altersstruktur der Bediensteten näher eingegangen.

Der öffentliche Dienst ist Deutschlands und auch Bayerns größter Arbeitgeber und beschäftigte im Juni 2018 in Bayern insgesamt 604 725 Personen (rund 7,9% der Erwerbstätigen) in den Beschäftigungsbereichen Bund, Land und Gemeinden und Gemeindeverbänden.<sup>2</sup> Das Land Bayern ist dabei der wichtigste Arbeitgeber und beschäftigte im Jahr 2018 in seinen Ministerien, Behörden, Landesbetrieben und seinen rechtlich selbstständigen Betrieben insgesamt 321 480 Beamtinnen, Beamte, Richterinnen, Richter und Angestellte. 66,9% dieser Beschäftigten waren Beamtinnen und Beamte. Dieser hohe Anteil an Verbeamtung unterscheidet den Landesdienst von dem bei Gemeinden und Gemeindeverbänden (14,5%), wie Abbildung 1 zeigt. Die Beschäftigung insgesamt lag in den Gemeinden und Gemeindeverbänden mit 220 790 Personen deutlich unter der beim Land. Der mit 77,1% sehr hohe Anteil an verbeamteten Beschäftigten bei den Bediensteten des Bundes resultiert daraus, dass diese Gruppe auch Soldatinnen und Soldaten als militärisches Personal miteinschließt.<sup>3</sup> Insgesamt arbeiteten 62 455 Personen im Bundesdienst. Der



### Öffentliche Arbeitgeber

Unter öffentlichen Arbeitgebern versteht man zum einen die Kernhaushalte des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverwaltungen, aber auch die Sozialversicherung, die Sonderrechnungen und Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die gemeinsam den öffentlichen Dienst bilden. Zum anderen zählen auch Einrichtungen in privater Rechtsform mit überwiegend öffentlicher Beteiligung, Extrahaushalte und sonstige öffentliche Einrichtungen zu den öffentlichen Arbeitgebern.

Diese Abgrenzung entspricht dem öffentlichen Bereich in den Finanzstatistiken. Der enger gefasste Sektor Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entspricht dem öffentlichen Gesamthaushalt. (vgl. Destatis 2018)

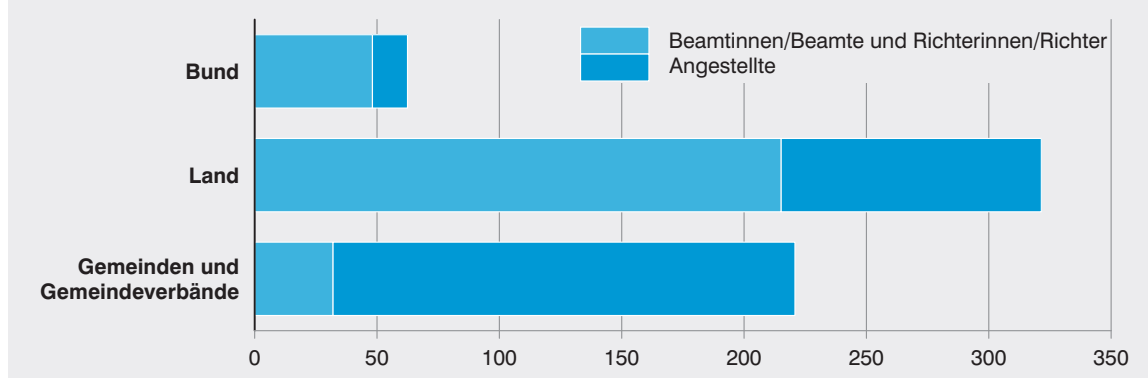
Bund war damit der kleinste der drei öffentlichen Beschäftigungsbereiche. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Beschäftigung bei allen drei Dienstherren zu (Bund +1,6%, Land +1,1%, Gemeinden und Gemeindeverbände +1,3%). Die Anzahl der bayrischen Erwerbstätigen insgesamt nahm im gleichen Zeitraum um 1,6% zu.

1 Die Bedeutung der öffentlichen Arbeitgeber außerhalb des öffentlichen Dienstes ist unter anderem auf die Privatisierung früherer rechtlich unselbstständiger Sondereinrichtungen im kommunalen Bereich zurückzuführen (vgl. Hackl 2015). Diese privatisierten Staatsbetriebe werden den öffentlichen Arbeitgebern zugerechnet, sofern sie mehrheitlich in Staatsbesitz sind. Die Deutsche Bahn ist nur ein Beispiel hierfür.

2 Die veröffentlichten Ergebnisse der Personalstandstatistik werden auf ein Vielfaches von 5 auf- oder abgerundet, um die Geheimhaltung sicherzustellen. Gesamt- und Teilsommen können dadurch von der Summe der Einzelwerte abweichen (vgl. Destatis 2012).

3 Ohne Soldatinnen und Soldaten betrug im Berichtsjahr 2017 der Anteil der Beamtinnen und Beamten an den Beschäftigten des Bundes circa 30,0%. Die Verbeamtungsquote liegt damit im Bund deutlich unter der des Landes Bayern. Soldatinnen und Soldaten stellen in Bayern mit circa 46,0% die größte Gruppe unter den Beschäftigten des Bundes dar (Stand 30. Juni 2017).

Abb. 1  
Personal im öffentlichen Dienst in Bayern zum 30. Juni 2018 nach Beschäftigungsbereichen und Dienstverhältnissen in Tausend



Die Gesamtzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bayern ist mit Ausnahme des Jahres 2013 in den Jahren 2008 bis 2018 kontinuierlich gestiegen und wuchs insgesamt um 11,2%. Deutlich stärker nahm mit 14,1% die Anzahl aller Erwerbstätigen im selben Zeitraum zu. Die Abbildung 2 stellt die Entwicklung des Personalstandes aller drei Beschäftigungsbereiche dar. Während die Zahl der bayerischen Beschäftigten des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowohl in Voll- als auch in Teilzeit gewachsen ist, sank die Zahl der Bundesbeschäftigten von 2008 bis 2018 um 6,6%. Die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten ging dabei mit 26,3% besonders stark zurück, während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nur um 4,1% abnahm.

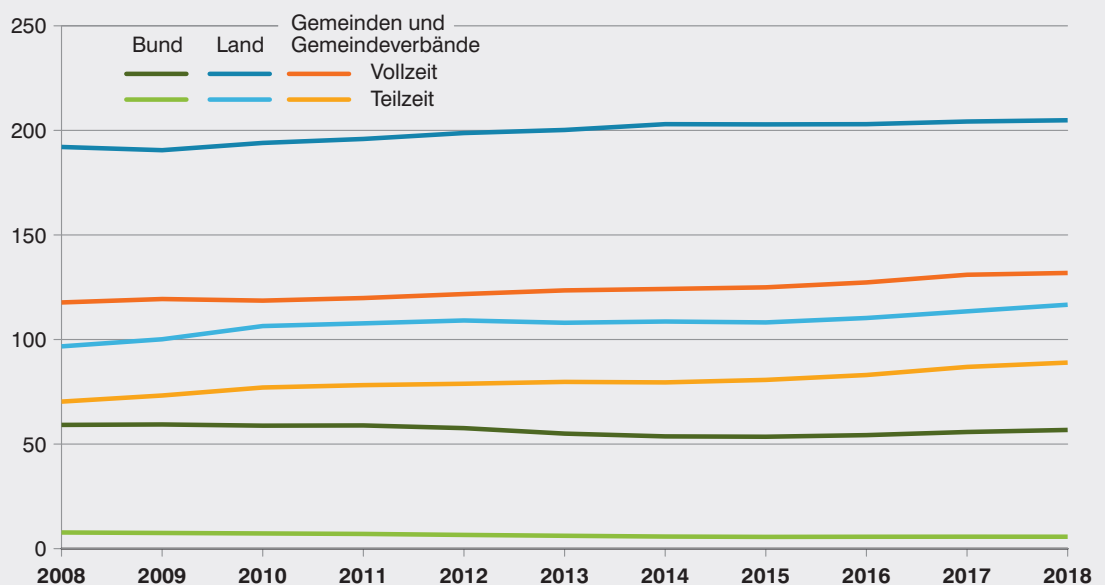
Der Rückgang der Bundesbeschäftigten vollzog sich von 2008 bis 2015. Seitdem gab es wieder einen Anstieg. Der mit der Bundeswehrreform 2011 verbundene Rückgang der in Bayern stationierten Soldatinnen und Soldaten erklärt diese Entwicklung mehr oder weniger vollständig.<sup>4</sup>

Das Beschäftigungswachstum im öffentlichen Dienst erklärt sich durch einen starken Anstieg der Beschäftigten des Landes um 11,3% und der Beschäftigten der bayerischen Gemeinden und Gemeindeverbände um 17,4%. Dabei nahm die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten deutlich stärker zu als die der Vollzeitbeschäftigten. Die Entwicklung im öffentlichen Dienst in Bayern ist mit der Entwicklung des öffentlichen Dienstes in ganz Deutschland vergleichbar (vgl. Altis 2018, Destatis 2020). In welchen Aufgabenbereichen des öffentlichen Dienstes die Beschäftigung besonders gewachsen ist, wird in einem späteren Abschnitt betrachtet.

### Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in den bayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten

In Abbildung 3 wird die regionale Bedeutung des öffentlichen Dienstes in Bayern für das Jahr 2018 dargestellt. Bayernweit lag der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an den Erwerbstätigen insgesamt bei 7,9%. Der Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten an allen Erwerbstätigen streute in den bayerischen Landkreisen und kreis-

Abb. 2  
**Personal im öffentlichen Dienst in Bayern 2008 bis 2018 nach Beschäftigungsbereichen und Beschäftigungsumfang**  
in Tausend



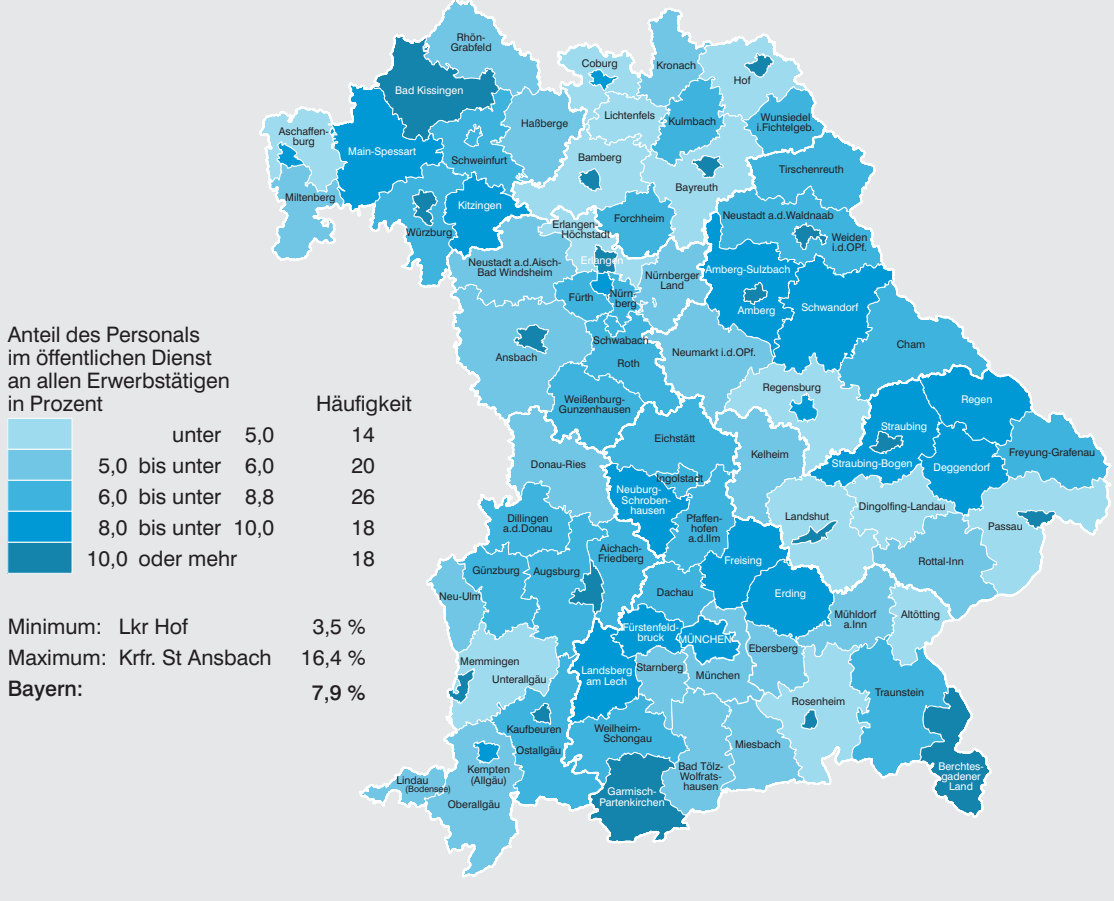
Hinweis: Teilzeit schließt Altersteilzeit mit ein. Personalstände jeweils zum 30.06. eines Jahres.

<sup>4</sup> Zwischen 2008 und 2017 sank in Bayern allein die Zahl der Soldatinnen und Soldaten um 5 050. Ab dem Berichtsjahr 2018 werden in den Auswertungen auf Landesebene Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Soldatinnen und Soldaten nicht mehr getrennt dargestellt.

Abb. 3

### Anteil des Personals im öffentlichen Dienst an den Erwerbstätigen insgesamt in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns 2018

in Prozent



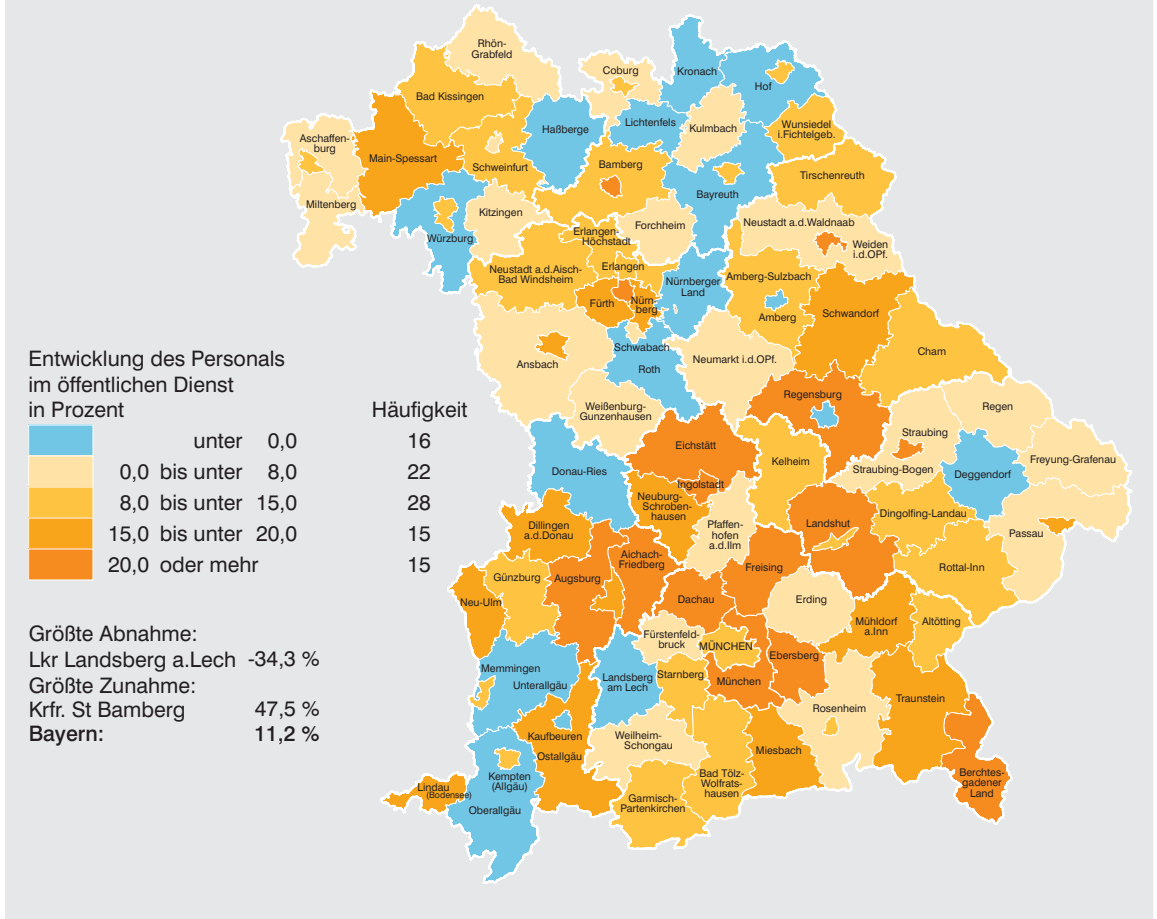
freien Städten weniger stark als beispielsweise die Beschäftigung im Handwerk oder die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich. In der Stadt Ansbach war der Erwerbstätigenanteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit 16,4% am höchsten. Mit 3,5% war dieser Anteil dagegen im Landkreis Hof sehr niedrig. Insgesamt lag der Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten an allen Erwerbstätigen in kreisfreien Städten bei 9,9% und in Landkreisen bei 6,5%. Einen hohen Erwerbstätigenanteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit 10,0% oder mehr haben dabei unter anderem Universitätsstädte wie Erlangen, Bamberg, Bayreuth und Würzburg. Auch sind größere Behörden Bayerns in der Regel in (größeren) kreisfreien Städten angesiedelt, da diese die benötigte Infrastruktur bieten. Betrachtet man den Anteil der Beschäftigten des

öffentlichen Dienstes an allen Erwerbstätigen nach den siedlungsstrukturellen Kreistypen<sup>5</sup>, stellt man fest, dass nur die kreisfreien Großstädte mit einem Anteil von 9,4% einen über dem bayernweiten Durchschnitt liegenden Anteil aufweisen. In städtischen Kreisen liegt der Anteil dagegen mit 6,5% am niedrigsten.

Wie Abbildung 4 zeigt, war das Beschäftigungswachstum im öffentlichen Dienst im Gegensatz zu dem zuvor betrachteten Anteil an allen Erwerbstätigen regional sehr heterogen. So nahm der öffentliche Personalstand relativ betrachtet in der kreisfreien Stadt Bamberg zwischen 2008 und 2018 um 3 295 Beschäftigte (+47,5%) am deutlichsten zu, während relativ und absolut betrachtet in Landsberg am Lech die Zahl der Beschäftigten um 2 459 (-34,3%) im Landesvergleich besonders deutlich zurückging.

5 Bei den siedlungsstrukturellen Kreistypen handelt es sich um ein Raumabgrenzungskonzept des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) für kreisfreie Städte und Landkreise. Für weitere Details zu den Abgrenzungskriterien vgl. Onlineangebot des BBSR (2019).

Abb. 4  
**Entwicklung des Personals im öffentlichen Dienst in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns 2008 bis 2018**  
 in Prozent



Der Beschäftigungsrückgang dort sowie in anderen bayerischen Regionen hängt mit der Schließung und Verkleinerung von Bundeswehrstandorten zusammen. Mit einer Zunahme um 13 166 Beschäftigte wuchs absolut betrachtet der öffentliche Dienst am stärksten in der Landeshauptstadt.

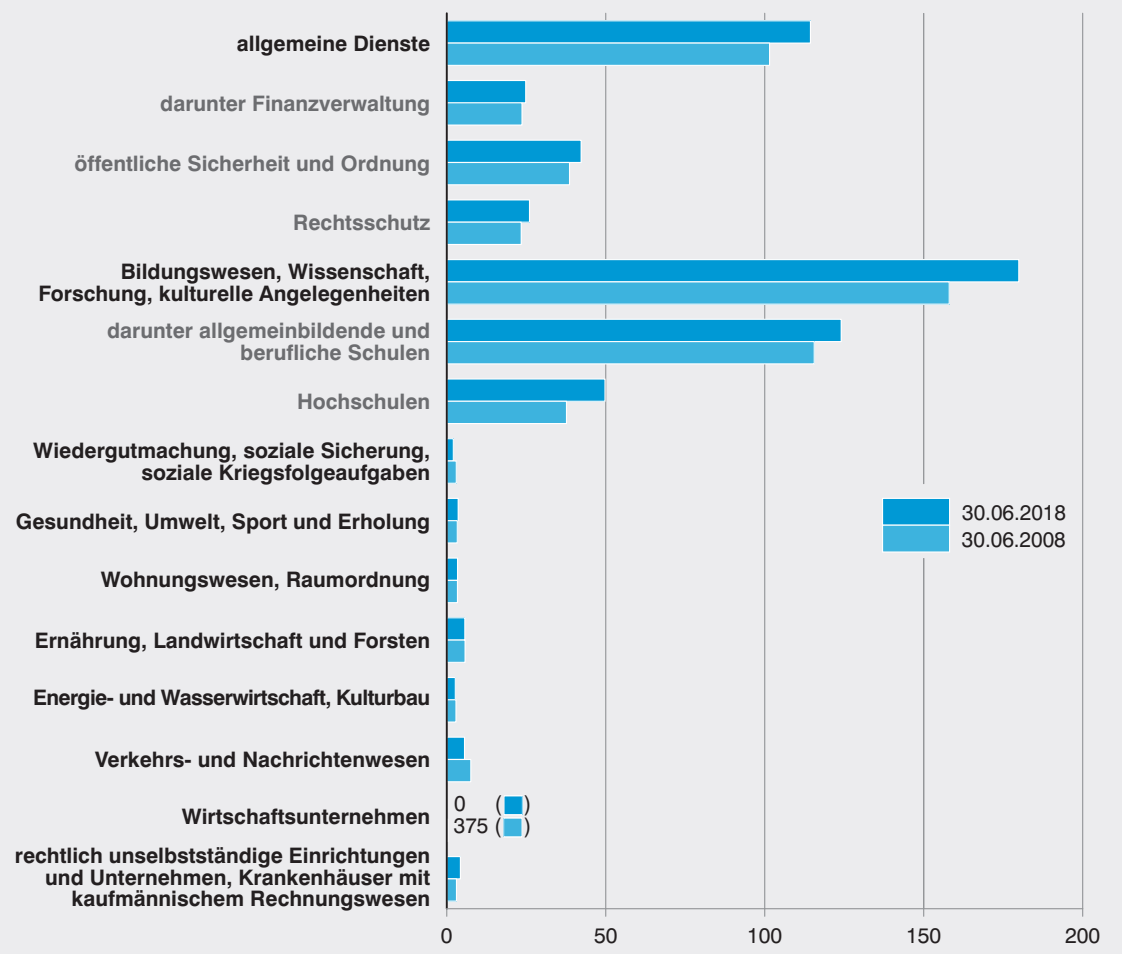
Insgesamt haben die kreisfreien Städte mit einem durchschnittlichen Wachstum von 13,4% stärker als die Landkreise mit 9,1% profitiert. Nach den siedlungsstrukturellen Kreistypen ist die Beschäftigung im Zeitraum 2008 bis 2018 mit 15,1% besonders in den städtischen Kreisen gewachsen. Mit 9,5% wuchs der Personalstand des öffentlichen Dienstes dagegen in den ländlichen Kreisen mit Verdichtungsansätzen langsamer, noch niedriger war mit 7,3% die Zunahme in dünn besiedelten ländlichen Kreisen. Da aber auch die Zahl der Bediensteten

des öffentlichen Dienstes in kreisfreien Großstädten mit 13,3% seit dem Jahr 2008 gewachsen ist, war der Betrachtungszeitraum von einer zunehmenden Konzentration des öffentlichen Dienstes in städtischen Regionen gekennzeichnet.

### Aufgabenbereiche der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes

Der folgende Abschnitt untersucht, in welchen Aufgabenbereichen die Beschäftigten des Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände in Bayern eingesetzt wurden und wie sich die Beschäftigung in diesen Bereichen vom Jahr 2008 bis zum Jahr 2018 entwickelt hat. In Abbildung 5 werden dazu die Beschäftigten des Landes nach Aufgabenbereichen dargestellt. In den Bereichen der Allgemeinen Dienste mit 12,7% sowie des Bildungswesens, der Wissenschaft, der Forschung

Abb. 5

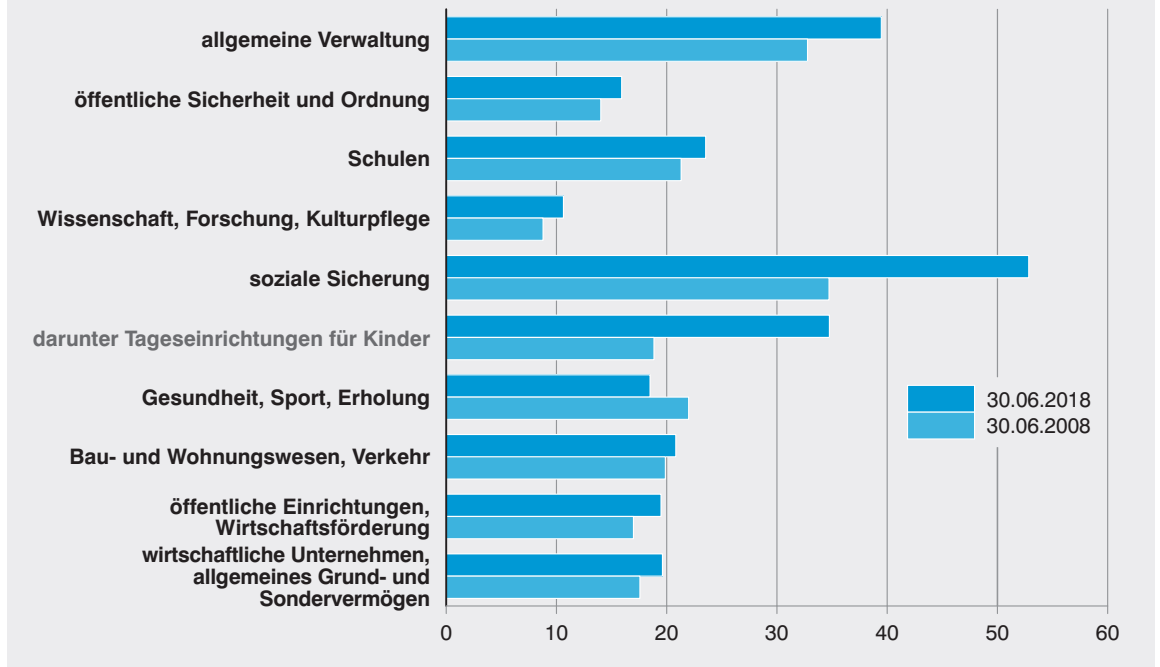
**Landespersonal des öffentlichen Dienstes in Bayern 2008 und 2018 nach Aufgabenbereichen in Tausend**

und der kulturellen Angelegenheiten mit 13,8% wuchs die Beschäftigung stark an. Mit unter anderem 12 115 zusätzlichen Beschäftigten (+32,2%) in den Hochschulen und 8 480 zusätzlichen Beschäftigten (+7,3%) in den allgemeinen und beruflichen Schulen erklärt der Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und kulturelle Angelegenheiten 66,9% des Beschäftigungswachstums im Landesdienst. Im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, darunter vor allem bei Polizei und Rechtsschutz, stieg die Zahl der Bediensteten insgesamt um 6 260 Angestellte, Beamtinnen und Beamte (+10,0%) an. Diese positive Entwicklung der Beschäftigung unterscheidet sich mit Ausnahme des Hochschulbereichs vom Bundestrend, wo das Beschäftigungsniveau an allgemeinen und beruflichen Schulen und im Bereich der öffentlichen Sicherheit eher konstant blieb (vgl. Altis 2018).

In anderen Bereichen wie beispielsweise der sozialen Sicherung, sozialen Kriegsfolgeaufgaben und Wiedergutmachung wurde im Zeitraum 2008 bis 2018 stark Personal abgebaut. Die Beschäftigung ging hier um 31,2% (-935 Beschäftigte) zurück. Den absolut höchsten Rückgang an Beschäftigung hatte dabei der Bereich des Verkehrs- und Nachrichtenwesens mit 26,1% (-1 975 Beschäftigte) zu verzeichnen.

In den Gemeinden und Gemeindeverbänden wuchs das kommunale Personal des öffentlichen Dienstes – mit Ausnahme des Bereiches Gesundheit, Sport und Erholung – überall an (vgl. Abbildung 6). Hier sank die Zahl der öffentlichen Bediensteten um 3 500 (-10,7%). Der Ausbau des öffentlichen Kinderbetreuungsangebotes erklärt mit 15 915 neuen Beschäftigten fast die Hälfte des Beschäf-

Abb. 6  
**Kommunales Personal des öffentlichen Dienstes in Bayern 2008 und 2018**  
 nach Aufgabenbereichen  
 in Tausend



tigungswachstums auf Gemeindeebene. Der Aufgabenbereich soziale Sicherung war mit 52 840 Beschäftigten auch im Jahr 2018 der personalstärkste Bereich in den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Gerade im kommunalen Bereich war der Beschäftigungsanstieg auf die bundesweite Einführung eines Anspruchs auf Kinderbetreuung ab dem ersten vollendeten Lebensjahr zurückzuführen. Zwischen 2008 und 2018 wurden auch im Bereich der allgemeinen Verwaltung 6 695 neue Stellen (+20,4%) geschaffen. Diese Entwicklung wird sich vermutlich auch die nächsten Jahre noch fortsetzen.

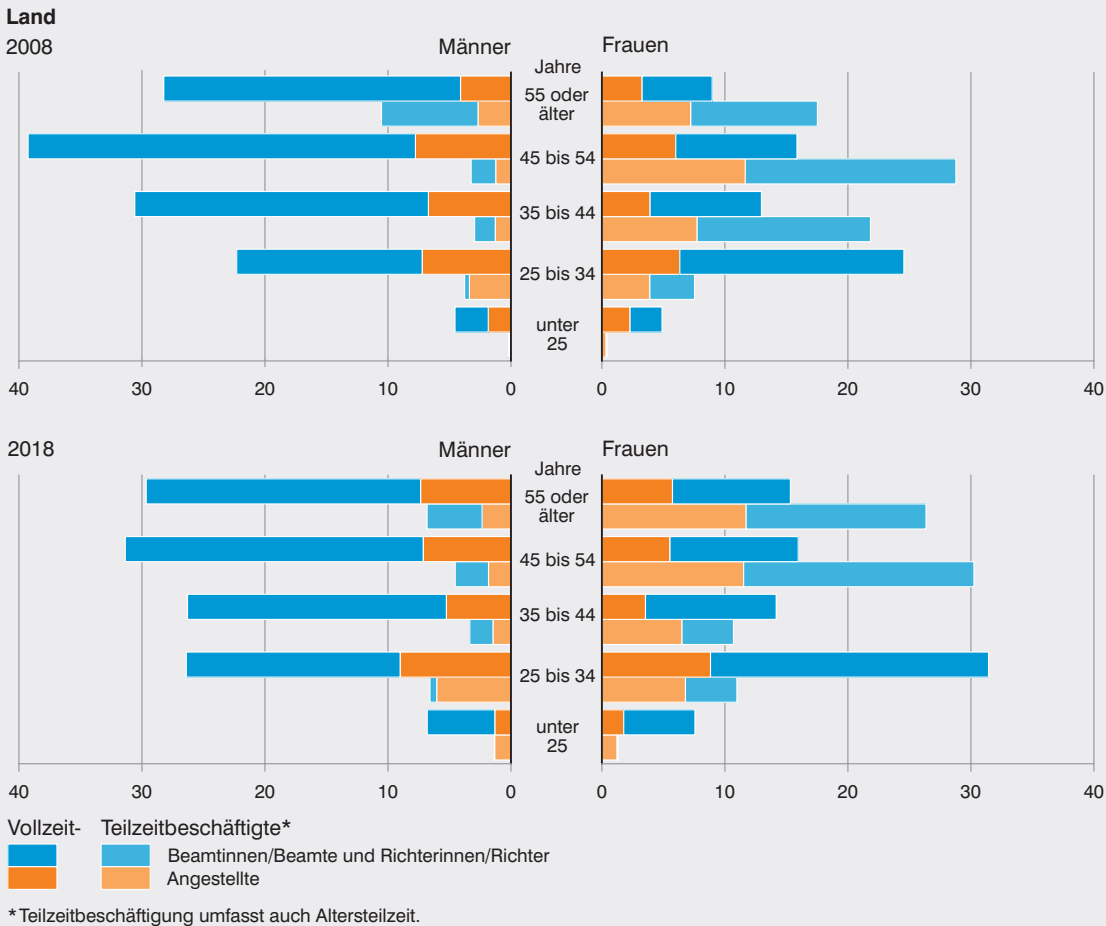
#### Altersstruktur im öffentlichen Dienst

Die Abbildungen 7 und 8 stellen detailliert die Altersstruktur im öffentlichen Dienst für Landesbedienstete und Bedienstete der Gemeinden und Gemeindeverbände dar. In Bayern wie bundesweit ist das Durchschnittsalter im öffentlichen Dienst gesunken (vgl. Altis 2018). So stieg in allen Dienstverhältnissen unabhängig von Teil- oder Vollzeit und Geschlecht der Anteil der unter 25 Jahre alten Beschäftigten im Landesdienst. Auch der Anteil der unter 25- bis 35-Jährigen ist insgesamt von 20,1%

auf 23,4% gestiegen. Der Anteil der 35- bis 55-Jährigen nahm im gleichen Zeitraum von 53,8% auf 47,0% ab. Jedoch nahm auch der Anteil der über 55-Jährigen im öffentlichen Dienst des Landes von 22,6% auf 24,6% zu. Diese Entwicklung ist im Besonderen durch einen absoluten Anstieg von vor allem Arbeitnehmerinnen und Beamtinnen im Landesdienst (+15 190) und im öffentlichen Dienst der Gemeinden und Gemeindeverbände (+17 570) in dieser Altersgruppe bedingt. Die Zahl der Beamten und Richter älter als 55 Jahre nahm dagegen bei Land und Kommunen um 5 355 Personen ab. Im Gegensatz zu den Vollzeitbeschäftigten hat die Zahl der Teilzeitbeschäftigten über 55 Jahre bei den Bediensteten des Landes, aber auch der Gemeinden/Gemeindeverbände nicht zugenommen. Ein Grund hierfür ist das Auslaufen von Altersteilzeitregelungen im öffentlichen Dienst. Außerdem nahm im Besonderen bei den unter 35-Jährigen der weibliche Beschäftigtenanteil beim Land und den Kommunen gleichermaßen zu.

Insgesamt stieg der Anteil der weiblichen Beschäftigten im Landesdienst zwischen 2008 und 2018 von 49,6% auf 55,5% an. Die Beschäftigung von

Abb. 7  
**Landespersonal im öffentlichen Dienst in Bayern 2008 und 2018 nach Beschäftigungsbereichen, Altersgruppen und Dienstverhältnissen**  
 in Tausend



Frauen wuchs in allen Altersgruppen an, besonders deutlich nahm aber die Beschäftigung von 25- bis 30-Jährigen und den über 55-Jährigen zu. Die Anzahl der Beamten und Richter ging absolut in den Altersgruppen der über 35-Jährigen um 14 380 Personen zurück. Bei den Angestellten sank die Zahl der Beschäftigten nur in den beiden Altersgruppen der 35- bis 45-Jährigen und 45- bis 55-Jährigen leicht um 1 180 beziehungsweise 45 Personen. Eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst des Landes scheint damit in den letzten Jahren im Besonderen für Frauen attraktiv gewesen zu sein, beziehungsweise führten geschlechterspezifische Unterschiede in den Erwerbsbiografien (z. B. Elternzeiten), der Gesundheit und der ausgeübten Tätigkeiten zu einer Differenzierung beim Renteneintrittsverhalten oder in der Bereitschaft zum Wechsel in eine privatwirtschaftliche Beschäftigung.

Vergleichbar mit dem Landesdienst ist der Anteil der weiblichen Beschäftigten im kommunalen Bereich seit 2008 weiter von 53,3% auf 58,3% gestiegen. Dieser Beschäftigungszuwachs betraf auch hier besonders die Altersgruppe der über 55-Jährigen. Ein absoluter Rückgang an Beschäftigten betraf hier nur die Altersgruppe der 35 bis 40-Jährigen (-420 Beamtinnen und -1 360 Arbeitnehmerinnen). Die Anzahl der Beamten nahm in allen Altersgruppen ab 35 Jahren ab (-4 935). Bei den Arbeitnehmern traf dies wie bei den Landesbediensteten nur die Altersgruppen der 35- bis 45-Jährigen und der 45- bis 55-Jährigen (-6 895). Die zuvor genannten Gründe für die unterschiedliche Entwicklung der Beschäftigung von Männern und Frauen liefern hier mögliche Erklärungen.

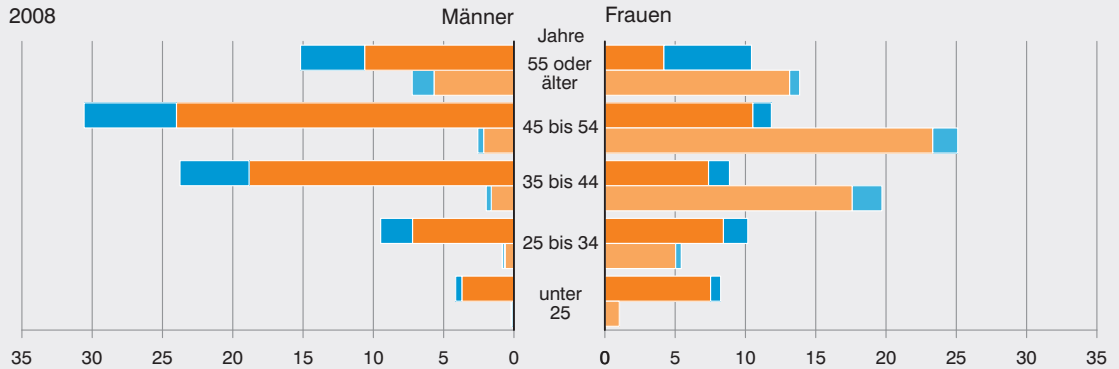


Abb. 8

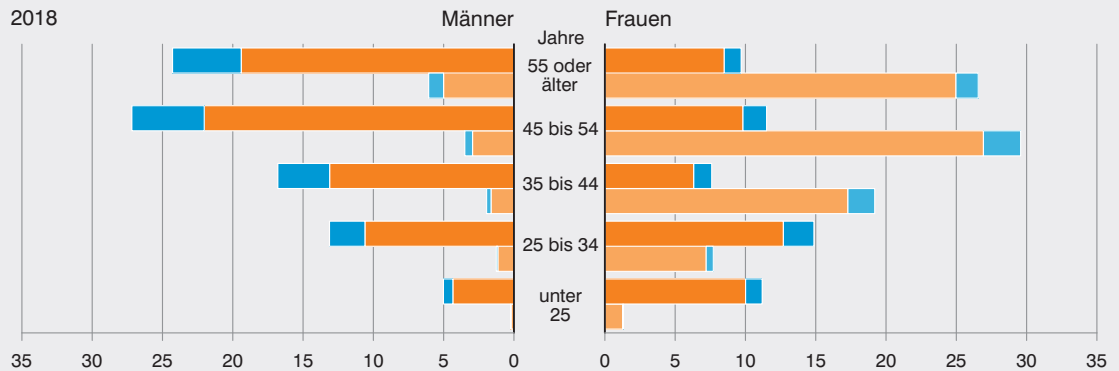
### Landespersonal im öffentlichen Dienst in Bayern 2008 und 2018 nach Beschäftigungsbereichen, Altersgruppen und Dienstverhältnissen in Tausend

#### Gemeinden/Gemeindeverbände

2008



2018



Vollzeit- Teilzeitbeschäftigte\*  
■ Beamtinnen/Beamte und Richterinnen/Richter  
■ Angestellte

\* Teilzeitbeschäftigung umfasst auch Altersteilzeit.

Im Berichtsjahr 2018 sind weiterhin ein Viertel der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes des Landes und der Gemeinden und Gemeindeverbände älter als 55 Jahre. Damit steht der öffentliche Dienst weiterhin vor der Herausforderung, aus Altersgründen ausscheidendes Personal durch neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu ersetzen.

#### Fazit

Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst in Bayern hat sich seit 2008 positiv entwickelt. Zuwächse bei Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden konnte die negative Entwicklung der Beschäftigung beim Arbeitgeber Bund mehr als kompensieren. Die regionale Beschäftigungsentwicklung war dabei starken Schwankungen unterlegen, da zum Beispiel die Schließung von Bundeswehrstandor-

ten sich in einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten stark auf die Beschäftigung auswirkte. Die wichtigsten Wachstumsbereiche lagen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung, der Hochschulen und der Kinderbetreuung. In den letzten Jahren ist es auf Landes- und Gemeindeebene gelungen, den öffentlichen Dienst zu verjüngen und den Frauenanteil zu erhöhen. Hier dürfte aber auch der Stellenausbau in von Frauen geprägten Beschäftigungsbereichen wie Kinderbetreuung und Schulen eine wichtige Rolle spielen. Jedoch hat neben jüngeren Beschäftigtenkohorten auch die Kohorte der über 55-Jährigen, im Besonderen bei weiblichen Beschäftigten, anteilig zugewonnen. Unter der Bedingung eines unveränderten Personalbedarfs besteht damit auch in Zukunft ein hoher Einstellungsbedarf an neuem Personal.

## Literatur

Altis, Alexandros (2018): Entwicklung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst bis 2017. In: Wirtschaft und Statistik, Ausgabe 5/2018, S. 57–67.

Bayerisches Landesamt für Statistik (LfStat 2019): Erwerbstätigkeit in Bayern – Entwicklung ab 1970 und Stand 2017. Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 551. Fürth, Juli 2019.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2019). Laufende Raumbeobachtung – Raumabgrenzungen: [www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/Kreistypen4/kreistypen\\_node.html](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/Kreistypen4/kreistypen_node.html), abgerufen am 2. Januar 2020.

Hackl, Christoph (2015): Personal im öffentlichen Dienst in Bayern 2013 – Überblick und Entwicklungen seit dem Jahr 2008. In: Bayern in Zahlen, Ausgabe 02/2015, S. 78–82.

Statistisches Bundesamt (Destatis 2012): Finanzen und Steuern – Personalstandstatistik am 30. Juni 2011. Qualitätsbericht. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Destatis 2018): Finanzen und Steuern – Personal des öffentlichen Dienstes 2017. Fachserie 14, Reihe 16. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (Destatis 2020): 2018 war mehr als jeder zehnte Erwerbstätige in Deutschland im öffentlichen Dienst beschäftigt, in Pressemitteilung Nr. N 021 vom 29. April 2020: [www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/04/PD20\\_N021\\_742.html;jsessionid=D727DCFF74E6E42D147D793972D1CABC.internet8712](http://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/04/PD20_N021_742.html;jsessionid=D727DCFF74E6E42D147D793972D1CABC.internet8712), abgerufen am 4. Mai 2020.